

Zitat

□ Berlin wächst um 40 000 Menschen pro Jahr. Da würde ein Bürgermeister in Asien sagen: Worüber redest du, wenn du von Verstädterung sprichst?

Michael Müller (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin am Rande der Habitat-III-Konferenz in Quito, der Hauptstadt Ecuadors.

Habitat-III-Konferenz

180 Nationen geben sich Regeln für Stadtentwicklung

Quito (jus). Seit Jahrzehnten zieht es die Menschen weltweit vom Land in die Städte. Der Trend der Verstädterung setzt sich ungebrochen fort: Im Jahr 2050 werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen schon zwei Drittel der Bevölkerung in Städten wohnen. Das stellt die

Kommunen weltweit vor Herausforderungen: Wohnungsnot, unzureichende Infrastruktur und Integration der Neubürger sind nur einige der Aufgabenfelder, denen sie sich stellen müssen.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen ist das Programm für menschliche Siedlungen, UN-Ha-

bitat, für die Entwicklung von Lösungsansätzen für die mit der Verstädterung wachsenden Probleme zuständig. In der ecuadorianischen Hauptstadt Quito haben sich mehr als 180 Nationen versammelt, um bei der Konferenz Habitat III die „New Urban Agenda“ zu unterzeichnen. Dabei

handelt es sich um neue Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung der Städte.

Der UN-Weltsiedlungsgipfel hat nicht bindende Handlungsempfehlungen ausgesprochen, um mit Problemen wie der künftigen Versorgung von Millionen Menschen mit Strom und

Wasser umgehen zu können.

Doch die „New Urban Agenda“ wird nicht von jedem der Beteiligten gelobt. Kritiker sehen in dem Papier lediglich gut gemeinte Absichtserklärungen, deren Umsetzung nicht kontrolliert und die Nichteinhaltung nicht sanktioniert werde.

Stadtentwicklung in Quito und Medellín

Ziviler Protest regt sich gegen Vorzeigeprojekt

Von unserem Redaktionsmitglied JULIA STEMPFLE

Quito / Medellín (gl). Während Vertreter aus 180 Nationen im Parque el Arbolito in Quito während der Habitat-III-Konferenz der Vereinten Nationen darüber diskutieren, wie sich die Städte weltweit den Herausforderungen der weiter voranschreitenden Verstädterung stellen können, regt sich vor den Toren des Parks der zivile Widerstand: Bewohner eines Stadtteils der ecuadorianischen Hauptstadt, in der der UN-Weltsiedlungsgipfel stattfindet, demonstrieren lautstark gegen eines der Vorzeigeprojekte der modernen Stadtentwicklung: die geplante Seilbahn.

3,7 Kilometer soll sie lang sein und die Menschen der nordwestlichen Vororte mit dem Zentrum der Hauptstadt verbinden. 200 000 Einwohner leben in den beiden Stadtteilen, die sich über die steilen Hänge der Anden er-

strecken. Der Großteil der Menschen zählt zur einkommensschwachen Bevölkerungsschicht. Doch das Zentrum von Quito mit seinen Arbeitsplätzen und sozialen Einrichtungen liegt in einem Tal. Aufgrund der bisherigen Infrastruktur nehmen die Menschen aus den Vororten bis zu 90 Minuten Fahrtweg auf sich, um das Zentrum erreichen zu können. Eine Seilbahn soll die Fahrzeit auf 30 Minuten verkürzen.

Doch was sich als innovatives Projekt präsentiert, gefällt nicht allen Bürgern und treibt einige von ihnen auf die Straße. Sie nutzen die Aufmerksamkeit, die die UN-Konferenz erregt, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Bei den Protestlern handelt es sich um die Menschen, die am Fuß der Anden leben. Also in dem Stadtteil, in dem die erste Station der Cable Cars errichtet werden soll.

Zu teuer sei das Projekt, skandieren sie. 44 Millionen Euro seien verschwendete Steuergelder.

Mit der Seilbahn würden einige ihre Häuser und fast alle ihre Privatsphäre verlieren, wenn, wie geplant, 30 000 Menschen täglich in Gondeln über ihre Privatgrundstücke schweben und ungehinderten Blick auf die Gärten der Anwohner haben. Die meist besser situierten Bewohner schlagen vor, ein Bussystem, das in Teilen bereits besteht, weiter auszubauen. Und so die Einkommensschwachen auf direktem Weg ins Zentrum zu bringen, vorbei an ihrem Stadtteil.

Solche Argumente kennt auch Carolina Franco vom ACI. Die Agencia de Cooperación de Medellín y el Área Metropolitana hat eine Schlüsselrolle in der Umsetzung von Projekten der Stadtentwicklung in der zweitgrößten Metropole Kolumbiens übernommen. Als 2004 die erste Seilbahn in Medellín in Betrieb genommen wurde, die heute Vorbild für das geplante Millionenprojekt in Quito ist, musste einige Überzeugungsarbeit geleistet werden.



Seit 2004 ist die Seilbahn in Medellín in Betrieb: Sie verbindet das Zentrum der zweitgrößten Stadt Kolumbiens mit den Stadtteilen, die an den steilen Hängen der Anden liegen. Bilder: Stempfle

„Mit den Gondeln kommt die Kriminalität ins Andental“

Quito / Medellín (jus). „Natürlich gab es Gegner der Seilbahn und auch der elektrischen Rolltreppen. Sie befürchteten, dass man mit der neuen Infrastruktur die Kriminalität hinunter ins Tal holt“, sagt Carolina Franco. Denn: Die ersten Cable Cars sollten den vom Drogenkartell und Paramilitärs durchsetzten Stadtteil Santo Domingo mit dem Zentrum verbinden.

Weil die Stadt in den späten 1980er-Jahren im Sumpf von Gewalt und Kriminalität zu versinken drohte, setzten die politisch Verantwortlichen von Medellín, allen voran der damalige Bürgermeister Sergio Fajardo Vatterra, ein innovatives Entwicklungsprojekt auf, um die Stadt,

die in verschiedene Zonen zerfallen war, wieder zu vereinen. „1985 war Medellín die gewalttätigste Stadt der Welt. 45,8 Prozent der Bevölkerung lebte in Armut. Es musste dringend etwas geschehen, sonst wären wir untergegangen“, erklärt Franco.

Die ersten Friedensverhandlungen mit Paramilitärs und Guerilla wurden in den 1990er-Jahren aufgenommen. Um die politischen Voraussetzungen zu schaffen, wurde die Verfassung geändert. „Die wichtigsten Ziele waren – und sind noch heute – Bildung, Kultur und das Vertrauen in die Regierung in alle Stadtteile zu bringen“, sagt Franco.

Zwei Jahre lang haben Sozialarbeiter Projekte durchgeführt,

um die Akzeptanz für das Vorhaben zu wecken. „Es war allen klar, dass die Stadtentwicklung nicht ohne Einbeziehung und Partizipation der Bürger geht“, so die ACI-Mitarbeiterin. 2004 schwebten die ersten Gondeln der Seilbahn über die Stadt, zeitgleich öffneten Büchereien, Kultur- und Wissenschaftszentren sowie öffentliche Parks. Doch das war erst der Anfang: Medellín hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte realisiert, sich dafür hoch verschuldet, um die Bürger zusammenzubringen und die Ungleichheit in der Bevölkerung zu reduzieren. Ein Weg, den Quito ebenfalls einschlagen will, auch wenn es Proteste aus der Bevölkerung gibt.



Lautstarker Protest: Weil sie keine Seilbahnstation nach dem Vorbild von Medellín in ihrem Stadtteil wollen, machen einige Bürger ihrem Ärger auf den Straßen der ecuadorianischen Hauptstadt Quito Luft.

Wirtschaft

Verstädterung als Chance verstehen

Quito (jus). Wohnungsnot, Kriminalität, Trinkwasserverunreinigungen, Arbeitslosigkeit, Staus und Müll: Das sind die Probleme, mit den schnell wachsende Städte unter anderem zu kämpfen haben. Doch die rasche Verstädterung muss nicht ausschließlich negativ betrachtet werden. Sie birgt auch neue Chancen mit Blick auf die Entwicklung von Staaten. Zwei Prozent der Landoberfläche sind durch Städte besiedelt, die für die Produktion von 70 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung verantwortlich sind. Daraus entsteht eine zentrale Wirtschaftsmacht, die sich vor allem Entwicklungsländer zunutzen machen möchten. Die hohe Konzentration von Menschen, Arbeit und Infrastruktur führt jedoch auch dazu, dass 70 Prozent des Mülls und der Treibhausgasemissionen in Städten produziert werden. Diese benötigen zudem 60 Prozent der weltweit bereitgestellten Energie.

Am Rande

Die Recherche in Medellín und Quito während der Habitat-III-Konferenz ist von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen ermöglicht worden.

Sybille Benning (CDU, Münster)

Gutes Miteinander: Nicht alle Freiflächen mit Beton zubauen

Quito (jus). Zahlreiche prominente Gäste haben während der Habitat-III-Konferenz im ecuadorianischen Quito auf dem Podium über Stadtentwicklung referiert. Neben Ban Ki-moon, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, sprachen unter anderem der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, und der SPD-Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Gunther Adler, darüber, wie man Städte fit für die Zukunft machen kann.

Doch auch lokale Vertreter aus dem Münsterland waren auf den Zuhörerbänken zu finden: Mit einer Delegation war Sybille Benning, Bundestagsabgeordnete aus Münster (CDU), in die ecuadorianische Hauptstadt gereist, um am Weltsiedlungsgipfel der Vereinten Nationen teilzunehmen. Sie zeigte sich begeistert von den dort diskutierten Themen.

„Gerade der Bereich der nachhaltigen Klimaziele von Städten liegt mir am Herzen“, erklärte Benning am Rande der Konferenz. Auch Münster habe mit dem Trend der Verstädterung zu kämpfen, akute Wohnungsnot sei nur eines der Probleme, das sich in den kommenden Jahren noch verschärfen werden, betonte die Christdemokratin. Die Lösung könne jedoch nicht nur sein, alle

zur Verfügung stehenden Flächen mit Beton zuzubauen. „Ich bin ein Freund von guter Stadt-, Umfeld- und Freiflächenplanung“, sagt Benning. „Schließlich müssen wir nicht nur Menschen unterbringen, sondern auch ermöglichen, dass sie gut miteinander leben.“

Begeistert sei sie von den bislang von UN-Habitat umgesetzten Projekten, von den Menschen, die daran beteiligt waren und sind. Partizipation ist das Schlüsselwort dieses Weltsiedlungsgipfels, auch Benning nahm den Begriff in ihre Ausführungen mit auf: „Wir müssen die Bürger mitnehmen. Anders geht es nicht.“

Aber auch die Bürgermeister sieht die Christdemokratin immer mehr in der Pflicht: „Die Städte sind der Schlüssel für die Umsetzung der ‚New Urban Agenda‘. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, unter anderem die beschlossenen Klimaziele sowie die interdisziplinäre und integrative Arbeit umzusetzen.“

Um das zu erreichen, ist laut Benning die erste Hürde bereits genommen: UN-Habitat hat in den vergangenen Jahren die Rolle der Bürgermeister im Prozess der Entwicklung der „New Urban Agenda“ maßgeblich aufgewertet.



Die Bundestagsabgeordnete Sybille Benning (CDU) aus Münster hat am UN-Weltsiedlungsgipfel in Ecuador teilgenommen.

Städtewachstum

Gegensätzlicher Trend

Quito (jus). Sechs von zehn Menschen werden spätestens im Jahr 2030 in einer Stadt leben. Die rasanteste Entwicklung erfahren Asien, Afrika und Lateinamerika. Doch die Städte in diesen Teilen der Welt wachsen weder geordnet noch geplant. Die Regierungen können in der Regel nur wilde Siedlungen registrieren. In Afrika leben bereits mehr als die Hälfte der Stadtbewohner

in Slums, weltweit ist es etwa ein Viertel.

Ein gegensätzlicher Trend ist in Europa und anderen OECD-Ländern zu erkennen: Dort geht die Bevölkerungszahl zurück, viele Kommunen schrumpfen. Die müssen Verwaltungen mit geringeren Ressourcen dafür sorgen, dass die erhöhten Bedürfnisse einer überalterten Gesellschaft befriedigt werden.



... Sybille Benning, (CDU) Bundestagsabgeordnete aus Münster und Landschaftsplanerin.

„Die Glocke“: Die Vereinten Nationen schauen während der Habitat-III-Konferenz vor allem auf Vorzeigemodelle wie die Stadtentwicklungsprojekte im kolumbianischen Medellín sowie die rasante Urbanisierung in Asien und Afrika. Dennoch wird gleichzeitig immer betont, dass die Städte enger zusammenarbeiten sollen, um gemeinsam Lösungen für die Probleme der Verstädterung zu finden. Was kann die Staatengemeinschaft vom westfälischen Münster lernen?

Sybille Benning: Wenn man genau hinsieht, haben alle Städte die gleichen Probleme, nur in unterschiedlichen Dimensionen. Andere Metropolen können sich das in Münster und im Kreis Warendorf sehr gut funktionierende dezentrale Flüchtlingskonzept abschauen. Wir haben gute Erfahrungen mit diesem Konzept gemacht und können dieses an andere Städte weitergeben.

„Die Glocke“: Und was kann Münster und das Münsterland von den Metropolen und Megacities dieser Welt lernen?

Sybille Benning: Vieles läuft schon gut in Münster. Wir müssen jedoch daran arbeiten, die Mobilität weiterzuentwickeln, Stadt und Umland besser zu vernetzen, noch mehr Menschen eine Partizipation an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen und die Pendlerströme besser zu lenken.

„Die Glocke“: Gibt es für Münster eine lokale „New Urban Agenda“?

Sybille Benning: Die gibt es, nur ist sie nicht ganz so „new“. Viele Gruppierungen, die von dem Willen geprägt sind, etwas tun zu wollen, haben sich bereits vor längerer Zeit in die Diskussion um eine nachhaltige Stadtentwicklung eingeschaltet. So ist ein großes Netzwerk von Akteuren entstanden, das gemeinsam mit der Stadt und Oberbürgermeister Markus Lewe nach neuen Ansätzen und Lösungen sucht.